V-11 Frieden in den Lehrplan!

Antragsteller*in: Thomas Mohr (KV München)
Tagesordnungspunkt: V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

Die aktuellen Kriege betreffen junge Menschen in besonderer Weise: Sie sollen Wehrdienst leisten. Die riesigen Schulden für Aufrüstung gehen zulasten der Investitionen in ihre Zukunft, zum Beispiel in Bildung und Klimaschutz. Und auch im Schulalltag spiegeln sich internationale Konflikte wie in der Ukraine oder in Nahost längst wider.

Junge Menschen haben ein Recht auf Mitsprache. Um dieses Recht gut informiert ausüben zu können und eine friedliche Zukunft aktiv mitzugestalten, brauchen sie die Chance, sich differenziert mit den Themen Krieg und Frieden auseinanderzusetzen.

WIR FORDERN:

1. Strukturelle Verankerung der Friedensbildung fördern

Die Bildungsministerkonferenz soll Friedensbildung als Querschnittsaufgabe in ihren Beschlüssen verankern und dabei auf die bestehenden Empfehlungen zur Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Menschenrechtsbildung aufbauen. Ein eigener Beschluss zur Friedensbildung wäre ein wichtiger Schritt und ein sichtbares Zeichen, um der wachsenden Bedeutung der damit verbundenen Themen und Bildungsziele gerecht zu werden und die strukturelle Verankerung in den Ländern zu fördern.

2. Friedensbildung von der Grundschule bis zur Oberstufe in die Curricula aufnehmen

Friedensbildung ist weitaus mehr als die Vermittlung von Wissen über Fragen von Krieg und Frieden. Sie fördert Kompetenzen für einen gewaltfreien Umgang mit Konflikten, zwischen Menschen und in der Gesellschaft. Sie stärkt friedensfördernde Haltungen und Friedenshandeln im eigenen Umfeld. Das sind Kompetenzen, die wir angesichts eskalierender Konflikte weltweit und zunehmender Polarisierung auch in unserer Gesellschaft dringend brauchen.

Friedensbildung sollte als verbindliches, fächerübergreifendes Lernfeld in allen Schulformen und Jahrgangsstufen verankert werden. Ihre Themen und Bildungsansätze für konstruktiven Umgang mit Konflikten sollten als Querschnittsaufgabe in bestehende Fächer aufgenommen werden. Die Integration von Friedensbildung in die Lehrpläne ist in jedem Bundesland anders gestaltet. Wir empfehlen dazu die Durchführung einer länderübergreifenden Lehrplanstudie, um Bedarfe und Potentiale festzustellen.

3. Friedensbildung in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften stärken

Die Konflikte in unserer Gesellschaft und in der Welt spiegeln sich in der Schule wider. Lehrkräfte sind damit konfrontiert und müssen darauf eingehen. Friedensbildung sollte daher bereits im Lehramtsstudium, im Referendariat und in der Lehrkräftefortbildung stärker integriert werden.

Dafür braucht es Lehrstühle für Friedensbildung an Hochschulen und Universitäten und Fachstellen für Friedensbildung in allen Bundesländern, die Schulen und Lehrkräfte mit Fortbildungen und Materialien unterstützen sowie schulische und außerschulische Akteure vernetzen.

4. Außerschulische Akteure und Strukturen für Friedensbildung stärken

Aktuell dominiert die Bundeswehr über ihre Jugendoffiziere als außerschulischer Akteur beim Thema Krieg und Frieden. Ebenso wie die Bundeswehr sind im Auftrag der Bundesregierung aber auch zivile Fachkräfte z.B. über das Auswärtige Amt und den Zivilen Friedensdienst des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Krisengebieten tätig. Doch deren Arbeit ist in Deutschland weitestgehend unbekannt. Einzelne Bundesländer haben Beschlüsse für ausgewogene Repräsentanz unterschiedlicher Expertisen in der Schule getroffen. Die Bildungspolitik muss Strukturen wie die Servicestellen für Friedensbildung stärken und Förderprogramme entsprechend ausstatten, damit mehr Fachleute für Friedensbildung in die Schulen kommen können. Auch eine Zertifizierung außerschulischer Bildungsangebote der Friedensbildung kann dazu beitragen.

WIR BESCHLIESSEN:

Die 52. Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen vom 4. – 6.12.2026 in Berlin beschließt und unterstützt diese Forderungen zur Stärkung der Friedensbildung in den Schulen. Die obigen Impulse gehen zurück auf die Kampagne „Frieden in den Lehrplan“, die getragen wird von Pro Peace und weiteren Kooperationspartnern, z.B. Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Berghof Foundation, Bund für Soziale Verteidigung, pax christi und gewaltfrei grün.

Die Bundesdelegiertenkonferenz fordert alle fachlich zuständigen grünen Abgeordneten und Arbeitskreise auf, sich mit dem Thema Friedensbildung zu befassen und auf Landes- und Bundesebene für die Umsetzung der obigen Forderungen einzusetzen.

Weitere Informationen zur Kampagne „Frieden in den Lehrplan“:
https://www.propeace.de/de/unsere-arbeit/politik-kampagnen/frieden-in-den-lehrplan

Einfache Sprache

Frieden im Lehrplan

Kriege betreffen junge Menschen stark.
Sie müssen Wehrdienst leisten.
Die Schulden für Waffen sind sehr hoch.
Das Geld fehlt für Bildung und Klima.
Kriege zeigen sich auch in der Schule.

Junge Menschen haben das Recht mitzusprechen.
Sie brauchen Wissen über Krieg und Frieden.
So können sie eine friedliche Zukunft gestalten.

Forderung 1 Friedensbildung stärken

Die Bildungsminister sollen Friedensbildung fördern.
Friedensbildung soll in allen Bundesländern wichtig sein.

Sie soll mit Demokratie und Menschenrechten verbunden sein.
Ein eigener Beschluss für Friedensbildung ist wichtig.

Forderung 2 Friedensbildung in Schulen

Friedensbildung ist mehr als Wissen über Krieg.
Sie lehrt gewaltfreien Umgang mit Konflikten.
Sie stärkt friedliches Handeln im Alltag.
Friedensbildung soll in allen Schulformen sein.
Sie soll in viele Fächer eingebaut werden.

Die Lehrpläne sind in jedem Bundesland anders.
Eine Studie soll die Unterschiede zeigen.
So kann man Friedensbildung besser machen.

Forderung 3 Lehrkräfte ausbilden

Konflikte zeigen sich auch in der Schule.
Lehrkräfte müssen damit umgehen können.
Friedensbildung soll im Studium und in Fortbildungen sein.
Es braucht Lehrstühle für Friedensbildung an Hochschulen.
Fachstellen sollen Schulen und Lehrkräfte unterstützen.

Forderung 4 Außerschulische Akteure

Die Bundeswehr ist oft im Thema Krieg und Frieden.
Es gibt auch zivile Fachkräfte für Frieden.
Diese Arbeit ist in Deutschland wenig bekannt.
Man soll mehr Fachleute für Frieden in Schulen holen.
Programme und Stellen für Friedensbildung sollen mehr Geld bekommen.
Eine Zertifizierung kann gute Friedensangebote zeigen.
So kommen mehr Fachleute in die Schulen.

Beschluss zur Friedensbildung

Der Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen ist vom 4. bis 6. Dezember 2026 in Berlin.
Er beschließt Forderungen zur Friedens-Bildung in den Schulen.
Die Forderungen kommen von der Kampagne Frieden in den Lehr-Plan.
Diese Kampagne machen Pro Peace und andere Gruppen zusammen.
Zum Beispiel Aktions-Gemeinschaft Dienst für den Frieden und Berghof Foundation.

Der Parteitag fordert alle grünen Abgeordneten und Arbeits-Kreise auf.
Sie sollen sich mit Friedens-Bildung beschäftigen.
Sie sollen die Forderungen auf Landes- und Bundes-Ebene umsetzen.

Mehr Informationen gibt es auf der Internet-Seite von Pro Peace.
Die Adresse ist www.propeace.de/de/unsere-arbeit/politik-kampagnen/frieden-in-den-lehrplan

Begründung

Begründung siehe: www.gewaltfrei-gruen.de

weitere Antragsteller*innen

Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg); Nicole Lauterwald (KV Frankfurt); Stefan Muck (KV Landsberg-Lech); Peter Meiwald (KV Ammerland); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Eberhard Müller (KV Ortenau); Philipp Schmagold (KV Plön); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Manuel Mühlbauer (KV Fürth-Land); Anja Kiemle (KV Starnberg); Stefan Hartisch (KV Starnberg); Erich Hinderer (KV Main-Spessart); Anne Devaux (KV München); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Walburga Halbrügge-Schneider (KV Steinfurt); Christopher Stark (KV München); sowie 75 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.